

KOOPERATION ZWISCHEN

SCHULEN UND WIRTSCHAFT

Einführung:

Kooperationen von Unternehmen mit Universitäten haben sich in der Vergangenheit als Win-Win-Situation etabliert und werden durch die schwarz-gelbe Landesregierung auch endlich wieder in unserem Bundesland gefördert. Die Chancen und Möglichkeiten zwischen erfolgreichen Kooperationen sollten auch schon bereits in Schulen genutzt werden. Der Erhalt und der Ausbau solcher Kooperationen zwischen Schulen und Wirtschaft sind sinnvoll, um die Schüler schon während ihrer Schulzeit auf das Berufsleben vorbereitet werden können. Die Stadt kann hier beispielsweise Angebote schaffen, um Schulen und Unternehmen eine Plattform zur Zusammenarbeit zu geben.

Musterformulierung:

Die FDP setzt sich für stärkere Kooperationen zwischen Unternehmen und Schulen ein, damit Schülerinnen und Schülern schon frühzeitig der Eintritt in das Berufsleben oder eine Berufsorientierung erleichtert bekommen. Optional: Außerdem setzen wir uns für einen unbürokratischen Weg ein, der es Schulen ermöglicht, Persönlichkeiten aus der Wirtschaft ehrenamtlich oder auf Basis einer temporären Beschäftigung in den Unterricht einbinden zu können.

Argumente:

- Schülerinnen und Schüler erhalten frühzeitig praxisnahe Einblicke in den Arbeitsablauf von Unternehmen.
- Bessere Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt.
- Gegenseitiger Erkenntnisgewinn von Unternehmen und Schulen.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Unternehmen sollten keinen Einfluss im Bildungsbereich ausbauen dürfen.“
- **Gegenargument:** Insbesondere von „linker“ Seite wehrt man sich häufig, wenn es um Kooperation und Sponsoring in Schulen und Hochschulen geht. Unternehmen wird vorgeworfen, sich nur einen guten Namen auf dem Arbeitsmarkt machen oder Einfluss auf das Bildungssystem gewinnen zu wollen. Es geht aber eben nicht darum, Schulen zu einer Werbefläche zu machen, sondern Schülerinnen und Schüler gezielt auf die Herausforderungen des künftigen Arbeitsmarktes vorzubereiten.

DIGITALE AUSSTATTUNG IN SCHULEN

Einführung:

Gute Bildung ist der Schlüssel zu Chancengerechtigkeit, Garant für ein selbstbestimmtes Leben und Voraussetzung für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Deswegen darf unser Ziel nicht weniger als die weltbeste Bildung sein. Ganz unabhängig davon, welche Fächer nun unterrichtet werden, ob wir G8 oder G9, zu wenige oder zu viele Lehrer haben oder zu viele Stunden ausfallen, müssen Schulen von ihrer Ausstattung endlich im 21. Jahrhundert ankommen. Das Zeitalter des Overheadprojektors muss ein Ende haben. Kommunen sind in der Regel für die Ausstattung der Schulen zuständig. Das kann aus JuLi Sicht ein zentrales kommunalpolitisches Thema werden.

Musterformulierung:

Wir wollen in der kommenden Wahlperiode (oder bis Jahr X) alle Unterrichtsräume mit digitalen Präsentationsmedien ausstatten. Der Standard in Klassenräumen darf nicht weiter der Overheadprojektor sein.

Argumente:

- Nur so ist eine adäquate Vorbereitung auf die zukünftigen Herausforderungen möglich
- Unterricht wird für Schüler attraktiver.
- Schule darf sich nicht als veraltet repräsentieren.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Kinder sind noch zu jung, um alles an mobilen Endgeräten zu erlernen.“
- **Gegenargument:** Es geht nicht darum dass Kinder ab sofort ihren Schulalltag am Computer verbringen. Aber die junge Generation hat es nicht verdient, ihre schulische Bildung am Overheadprojektor genießen zu müssen. Es geht um einen gesunden Ausgleich und der Zeit angemessene Bildungsmethoden.

Einführung:

Eine ausufernde Bürokratie stiehlt dem Bürger nicht nur wertvolle Lebenszeit, sondern ist darüber hinaus ein katastrophaler Bremsklotz für Wirtschaft und unseren Wohlstand. Die meisten Bürger treten nicht gerne in den Kontakt mit dem Staat. Behördengänge werden in der Regel als schwerlich, unübersichtlich und kompliziert angesehen. Dabei bieten digitale Möglichkeiten und Kommunikation heute schon die Option, viele Behördengänge zu vereinfachen und für alle Seiten effektiver zu gestalten. Das fängt bei der Verlängerung des Personalausweises an und hört bei der Anmeldung eines Gewerbes auf.

Musterformulierung:

Wir setzen uns für die Einführung eines digitalen Bürgerbüros ein. Alle Behördengänge, für die keine unbedingte Anwesenheit erforderlich ist, sollen online und von zu Hause aus möglich sein.

Argumente:

- Angst vor komplizierten und anstrengenden Behördengängen kann genommen werden.
- Berufstätige Menschen müssen sich nicht extra frei nehmen.
- Verwaltung kann mittelfristig Kosten sparen.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Nicht alle Menschen können digitale Angebote nutzen, daher wären dann einige Menschen, insbesondere ältere Personen abgehängt.“
- **Gegenargument:** Es stimmt, dass sicherlich auch weiterhin Personen das Angebot in der Behörde wahrnehmen werden und darauf angewiesen sind – aus diesem Grund wollen wir es auch nicht abschaffen. Wir fordern es durch ein digitales Angebot zu ergänzen. Das entlastet auch das Bürgerbüro zu den Stoßzeiten und führt dazu, dass die Wartezeiten sich verringern. Das Personal hat dann die nötige Zeit sich ausgiebig um die Bürgerinnen und Bürger zu kümmern. Also kommt es auch Menschen zugute, die es nicht selbst nutzen.

DEZERNENT FÜR DIGITALISIERUNG

Einführung:

Die Digitalisierung ist ein allumfassendes Thema, das in jedem Bereich Chancen bietet. Diese Chancen sind aber auch mit Herausforderungen verbunden. Die große Herausforderung bei der Digitalisierung der kommunalen Verwaltung ist – neben dem Willen – die Umsetzung. Verwaltungsprozesse zu verändern und anzupassen ist schon analog oftmals ein langwieriges Projekt. Ganz zentral sind eine gute Kommunikation und Abstimmung in den Behörden und Ämtern. Ein solches Projekt sollte durch einen eigenen Dezernenten abgestimmt und umgesetzt werden, damit die Koordination zentral gesteuert wird.

Musterformulierung:

Wir setzen uns für die die Schaffung einer eigenen Dezernentenstelle für Digitalisierung ein. Dieser soll als zentrale Anlaufstelle dienen und die Digitalisierung in jedem Bereich der Verwaltung und Stadt vorantreiben und koordinieren.

Argumente:

- Vermeidung von Problemen durch fehlende Absprache.
- Ohne eine klare Zuständigkeit ist die Gefahr groß, dass sich niemand für die Digitalisierung der Verwaltung zuständig fühlt.
- Die Digitalisierung verändert die Verwaltung so stark, dass sie zwingend vor Ort eine Stelle benötigt, die auf aktuelle Entwicklungen und Evaluationen fachgerecht reagieren kann.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Wir haben doch schon genug Dezernenten, die reichlich Geld kosten.“
- **Gegenargument:** Ein eigener Dezernent für Digitalisierung kostet Geld, keine Frage. Wenn die Verwaltung allerdings Digitalisierung richtig umsetzt, kann sie langfristig sehr viel Geld ein sparen und deutlich effizienter werden. Wir begreifen Digitalisierung als Chance, die in zentraler Verantwortung liegen sollte.

ENGLISCH ALS ZWEITE VERWALTUNGSSPRACHE

Einführung:

Als Liberale stehen wir für ein weltoffenes Deutschland mit klaren und transparenten Regeln in der Migrationspolitik ein. Zuwanderung ist für uns aber auch eine Frage des Wohlstands. Unsere Wirtschaft ist zwingend auf Einwanderung angewiesen. Unser Ziel muss es sein, dass mehr internationale Spitzenleute in den deutschen Arbeitsmarkt stoßen wollen. Dazu ist es wichtig, dass Deutschland nicht nur allgemein wieder zu einem besseren Wirtschaftsstandort entwickelt wird, sondern auch, dass sich die Willkommenskultur in Deutschland verbessert. Die Mehrzahl hoch qualifizierter Fachkräfte spricht Englisch und nicht Deutsch. Es ist falsch zu glauben, dass Fachkräfte erst deutsch lernen sollten, bevor sie nach Deutschland kommen können. Das Erlernen der deutschen Sprache bleibt wichtiger Bestandteil einer gelungenen Migration. Dennoch ist es ein wichtiger Schritt, wenn Menschen auch in deutschen Behörden mit der englischen Sprache weiterkommen und die wichtigsten Behördengänge in der wichtigsten Weltsprache abhandeln könnten.

Musterformulierung:

Wir wollen Migranten und besonders ausländischen Fachkräften den Start vereinfachen, indem Englisch schnellstmöglich zur 2. Verwaltungssprache wird. Dafür sollen Beamte in der Ausbildung verstärkt verwaltungsrelevanten und qualitativ hochwertigen Englischunterricht vermittelt bekommen.

Argumente:

- In anderen Ländern (beispielsweise Niederlande, Skandinavien) ist es bereits Standard, dass Verwaltungsgänge auch in englischer Sprache abgehandelt werden können. Dadurch hat Deutschland einen Wettbewerbsnachteil.
- Die Umsetzung kann stufenweise erfolgen. Zuerst geht es um die Übersetzung der wichtigsten Formulare und Verankerung der englischen Sprache in der Ausbildung.
- Mit der Zeit findet dann schon von allein ein Kulturwandel statt.
- Nicht alle Migranten müssen auf dem Level deutsch beherrschen können, dass sie in Behörden zurechtkommen. Heutzutage senden immer mehr internationale Unternehmen ihre Arbeitnehmer für kürzere Aufenthalte in Länder.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Das schwächt die Motivation Deutsch zu lernen.“
- **Gegenargument:** Verwaltungsdeutsch versteht ein Großteil der deutschen Bevölkerung kaum. Und seien wir ehrlich, welcher Migrant kommt nach Deutschland, mit der Motivation die deutsche Sprache zu beherrschen, um damit in der Verwaltung zurecht zu kommen.

MEHR MOBILITÄT

DURCH NACHTBUSSE

Einführung:

Insbesondere für junge Menschen ist ein gut ausgebauter, attraktiver Nahverkehr ein Garant für Mobilität im Alltag. Diese Mobilität darf nicht ab Mitternacht bzw. den späteren Abendstunden wegfallen. Angesichts des vielbeschworenen Aussterbens der Innenstädte ist eine gute Erreichbarkeit dieser darüber hinaus auch eine zwingende Investition, wenn eine Trendwende erzielt werden soll.

Musterformulierung:

Die Stadt soll sich für den Ausbau (oder die Einführung) eines Nachtbussystems einsetzen, wodurch Menschen auch in der Nacht ein Mindestmaß an Mobilität gewährt wird.

Optional (insbesondere für ländliche Regionen): Lohnt sich der Einsatz von Nachtbussen nicht, so soll sich die Stadt für einen Ersatzverkehr in Form von Bürgerbussen einsetzen.

Argumente:

- Ein Gewisser Grad an Nachtleben ist ohne entsprechendes Angebot des ÖPNVs nicht möglich.
- Junge Menschen sollen abends und in der Nacht sicher und vernünftig nach Hause kommen.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Die Busse nutzt doch niemand.“
- **Gegenargument:** Als Junge Liberale sind wir die Letzten, die fordern würden, dass der Staat Angebote schaffen soll, obwohl keine Nachfrage herrscht. Auch bei Nachtbussen geht es uns immer um die Frage der Bedarfsgerechtigkeit. In vielen Kommunen wird das Thema jedoch völlig ignoriert, weil die politischen Entscheidungsträger überdurchschnittlich alt sind. Wir wollen die junge Stimme der Stadt sein und wollen zumindest die Möglichkeiten von Nachtbussen prüfen.

MODERNES PARKLEITSYSTEM

FÜR EINE MODERNE STADT

Einführung:

Die Suche nach einem Parkplatz kann an vielen Orten stressig sein. Eine effizientere Nutzung der städtischen Parkflächen ist ein Gewinn für alle Seiten. Nicht nur erleichtert sie Besuchern in Innenstädten das Finden eines Parkplatzes, sondern es reduziert auch unnötige Fahrten auf der Suche nach einem Parkplatz. Dadurch wird also nicht nur die Umwelt geschont, sondern Autofahrer wissen auch genau, an welchen Stellen sie parken können.

Musterformulierung:

Die Suche nach Parkplätzen ist insbesondere für fremde Autofahrer schwierig und unübersichtlich. Wir wollen die Suche nach Parkplätzen mit einem modernen und übersichtlichen Parkleitsystem vereinfachen. Dadurch machen wir Autofahrern nicht nur das Leben leichter, sondern schonen ebenfalls unsere Umwelt.

Argumente:

- Parkleitsystem lässt sich heutzutage mit digitalen Möglichkeiten bezahlbar, aktuell und übersichtlich einführen.
- Die vereinfachte Parkplatzsuche macht eine Anreise für Menschen aus anderen Städten leichter und attraktiver.
- Umweltbelastung, Stressfaktor und Kosten durch unnötige Parkplatzsuche wird gerne unterschätzt.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Die Stadt soll lieber in den ÖPNV investieren.“
- **Gegenargument:** Selbst Feinde des Individualverkehrs und von Autos dürften diesen Vorschlag nicht ablehnen. Ein Parkleitsystem führt zu effektiverem Verkehr. Gleichzeitig ist für Junge Liberale klar, dass wir der erste Verteidiger des städtischen Individualverkehrs ist. Die Debatte ist hier aber nicht notwendig.

KEINE FAHRVERBOTE!

Einführung:

Fahrverbote sind ein beliebtes Mittel des blinden Aktionismus. In der Debatte um die Feinstaubbelastung in deutschen Innenstädten kommen immer wieder Forderungen danach auf, bestimmte Antriebsarten zu verbannen. Um das Ziel der Reduzierung von Schadstoffemissionen zu erreichen, wird mit Fahrverboten der wirtschaftliche Schaden für Betriebe und den Einzelnen billigend in Kauf genommen. Wir wollen, dass der Staat technologieneutral bleibt und lehnen Fahrverbote strikt ab.

Musterformulierung:

Mobilität ist kein Luxus, sondern essentiell wichtig für Wirtschaft und soziale Teilhabe. Fahrverbote sind ein massiver Eingriff in diese Grundbedürfnisse. Daher lehnen wir Verbote bestimmter Antriebsarten – wie Dieselfahrverbote – in unserer Stadt ab.

Argumente:

- Unter Fahrverboten, wie einem Dieselfahrverbot, leiden besonders kleine Betriebe. Diese benutzen häufig Diesel-Transporter. Für eine Umrüstung auf Benziner fehlen beim Bürger und bei Handwerksbetrieben oftmals die finanziellen Mittel.
- Fahrverbote sind Symbolpolitik. Alleine schon die Landwirtschaft macht zum Beispiel 45 Prozent der gesamten Feinstaubbelastung aus.
- Fahrverbote auf bestimmten Straßen verbessern nicht die generelle Feinstaubbelastung, sondern verlagert sie nur auf umliegende Straßen.
- Der Schadstoffausstoß von Bussen und Nutzkraftfahrzeugen ist ein Mehrfaches aller Diesel-PKW. Ein moderner öffentlicher Nahverkehr würde mehr nutzen, als Fahrverbote für den Bürger
- Laut der Gewerkschaft der Polizei (GdP) sind Fahrverboten wie das Diesel-Fahrverbot wegen fehlender Kontrolle nicht durchsetzbar. Das Personal dafür fehlt und wird an anderer Stelle dringender benötigt

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Die Luft in Städten lässt sich ohne Fahrverbote nicht verbessern.“
- **Gegenargument:** Ob die Luft in deutschen Städten überhaupt schlecht ist, lässt sich lange und breit diskutieren. Auf einem Ortsparteitag über die Grenzwertregelungen der Europäischen Union zu debattieren, klingt charmant, hat aber keinen großen Erfolg. Konzentrieren wir uns lieber auf die Fakten zu diesem Argument: Nur sieben Prozent der Feinstaubbelastung in Städten kommen aus dem Auspuff. Über 30 Prozent des Feinstaubes stammen aus Reifen- und Bremsabrieb, 50 Prozent aus Heizungen. Daher sind besonders Dieselfahrverbote nicht zielführend. Es gibt viele sinnvollere Maßnahmen, um die Luft in Städten zu verbessern. Fahrverbote gehören nicht dazu.

GRÜNER RECHTSABBIEGEPFEIL

Einführung:

NRW ist das Stauland Nummer 1. Die schwarz-gelbe Landesregierung ist dabei, Autobahnen zu sanieren und auszubauen, um die Situation auf den Straßen zu entlasten. Dennoch dürfen wir nicht vergessen, dass auch innerstädtisch oftmals Stau zum Alltagsbild dazugehört. Das raubt nicht nur Lebenszeit, sondern trägt auch zu einer höheren Feinstaubbelastung bei. Wir wollen die innerstädtische Verkehrssituation verbessern und die ehemalige DDR bietet uns dafür das passende Mittel: der Rechtsabbiegepfeil oder auch „grüner Pfeil“ genannt. Dieser bewirkt, dass der Auto- und Radfahrer trotz roter Ampel, wie bei einem Stoppschild rechts abbiegen darf.

Musterformulierung:

Zeit, die wir im Stau verbringen, ist verlorene Lebenszeit. Um innerorts die Verkehrssituation zu verbessern und individuellen Verkehrssituationen gerecht zu werden, fordern wir, vermehrt den grünen Rechtsabbiegepfeil (Verkehrszeichen 720 „Grünpfeilschild“) einzusetzen.

Argumente:

- Das Warten an der roten Ampel ist verlorene Zeit, wenn eine Weiterfahrt eigentlich problemlos möglich wäre.
- Wartende Autos produzieren nicht nur Abgase, sondern auch Lärm. Der Rechtsabbiegepfeil trägt damit auf einfachstem Wege zur Lärminderung bei.
- Mit der Errichtung neuer grüner Rechtsabbiegepfeile sind keine hohen Kosten verbunden, aber eine umso stärkere Verbesserung der Verkehrssituation.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Das ist doch gefährlich und führt bestimmt zu mehr Unfällen.“
- **Gegenargument:** Die Unfallanalyse der Unfallforschung der Versicherer (GDV) bestätigt, dass „Knotenpunkte mit Grünpfeil im Vergleich zu den anderen Führungsformen keine größeren Unfallschwerpunkte zeigen“. ausgiebig um die Bürgerinnen und Bürger zu kümmern. Also kommt es auch Menschen zugute, die es nicht selbst nutzen.

Einführung:

Die Jungen Liberalen fordern in NRW die flächendeckende Einführung einer kommunaler Schuldenbremsen. Das Neuverschuldungsverbot soll in den Gemeinde- und Kreisordnungen festgeschrieben werden. Nach einer siebenjährigen Übergangsphase ab Inkrafttreten dürfen die kommunalen Selbstverwaltungsorgane demnach dann Schulden lediglich in wirtschaftlichen Notlagen, bei Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die Finanzlage erheblich beeinträchtigen, aufnehmen. Diese Notfallregelung ist nach Antrag durch den entsprechenden Rat mit 2/3 Mehrheit festzustellen und durch das zuständige Ministerium zu genehmigen. Die Schuldenbremse ist für uns vor allem eine Frage der Generationengerechtigkeit. Viele Kommunen haben teilweise über Jahrzehnte einen fahrlässigen Umgang mit ihren Finanzen an den Tag gelegt. Dort wo das nach wie vor der Fall ist, muss eine Trendwende geschaffen werden.

Musterformulierung:

In der kommunalen Finanz- und Haushaltsplanung setzen wir auf Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Wir wollen keine defizitären Haushalte und Neuverschuldungen. Wir setzen uns deswegen für eine kommunale Schuldenbremse ein

Argumente:

- Ein ausgeglichener Haushalt führt zu mehr Handlungsmöglichkeiten und neuen Spielräumen für die Zukunft.
- Neue Schulden müssen von künftigen Generationen getragen werden.
- Haushaltsdisziplin führt auch zu einer besseren Hinterfragung von Ausgaben.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Manchmal sind Schulden unvermeidlich.“
- **Gegenargument:** Junge Liberale sind keine Realitätsverweigerer. Insbesondere kommunale Einnahmen schwanken sehr stark. Wir wollen in erster Linie, dass ein ausgeglichener Haushalt die Regel in jeder Kommune wird.

HUNDESTEUER

ABSCHAFFEN

Einführung:

Die Hundesteuer ist eine Gemeindesteuer, mit der das Halten von Hunden besteuert wird. Sie wird in fast allen Gemeinden in NRW erhoben. Wie jede Steuer ist sie eine öffentlichrechtliche Abgabe, der keine bestimmte Leistung gegenübersteht und die nach dem Gesamtdeckungsprinzip zur Finanzierung aller kommunalen Aufgaben mitverwandt wird. Die Idee, wonach die Einnahmen der Hundesteuer in die Reinigung von Hinterlassenschaften der Hunde fließen, ist haushaltstechnisch gesehen schon im Kern falsch.

Musterformulierung:

Wir wollen die Hundesteuer abschaffen.

Optionale Ergänzung: Gleichzeitig sollen Bußgelder – mindestens in der Höhe des bisherigen jährlichen Hundesteuerbeitrags – für Hundebesitzer eingeführt werden, die die Hinterlassenschaften ihrer Hunde auf öffentlichen Gehwegen und Plätzen nicht entfernen. Das Ordnungsamt wird aufgefordert, Verstößen verstärkt nachzugehen.

Argumente:

- Die Hundesteuer ist eine Luxussteuer, obwohl Hunde längst kein Luxus mehr sind. (schöne Anekdote: Friedrich Wilhelm III. führte am 28. Oktober 1810 eine sogenannte „Consumptions- und Luxus-Steuer“ ein, welche nicht nur Steuern für Hunde, sondern auch für Diener und Pferde vorsah.)
- Die Erhebung der Hundesteuer ist bürokratisch und kostet Geld. Sofern keine Mehrheit für die Abschaffung der Hundesteuer absehbar ist, sollte zumindest die Verwaltung mit einer Anfrage befragt werden, wie hoch die Kosten der Erhebung und Verwaltung der Hundesteuer sind.
- Besonders Rentner und sozialschwache Familien werden durch eine pauschale Steuer belastet.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Hunde verursachen Dreck und viele Hundehalter kommen ihrer Pflicht nicht nach.“
- **Gegenargument:** Geld aus der Hundesteuer geht aber nicht an die Stadtreinigung (weil Steuer), sondern fließt allgemein in den Haushalt. Die Hundesteuer hat außerdem offensichtlich keinen Effekt auf Hinterlassenschaften. Man könnte sogar argumentieren, dass Hundehalter erst recht den Dreck von ihren Hunden nicht entfernen, weil sie ja auch Steuern zahlen müssen. Deswegen ist die optionale Ergänzung unter Umständen eine sinnvolle Maßnahme.

Einführung:

NRW soll für Gründerinnen und Gründer ein attraktiver Standort mit besten Rahmenbedingungen werden. Wirtschaftsminister Pinkwart hat in seinen bisherigen Reformen und Initiativen insbesondere die Verbesserung der Gründerkultur ins Auge gefasst. Aber auch kommunalpolitisch lassen sich bessere Bedingungen für Gründer schaffen. Für viele Gründer ist die Suche nach einer passenden und bezahlbaren ersten Immobilie sehr schwer. Gleichzeitig sind insbesondere junge Unternehmen regelmäßig auf eine schnelle Internetanbindung angewiesen. Ein Gründercenter kann beispielsweise eine leerstehende Immobilie sein, die modernisiert wird, in der unterschiedlichste Büroräume entstehen und in der eine Kommune gleichzeitig versucht auch optional Kooperationspartner (wie Banken, Beratungen und Co.) unterzubekommen. Dadurch siedeln sich im Bestfall einige junge, moderne Unternehmen in einem engen lokalen Raum an, in denen sie beste Standortbedingungen und eine gründerfreundliche Kultur vorfinden.

Musterformulierung:

Unsere Stadt soll zur Gründerstadt werden! Wir wollen ein Gründercenter schaffen, in denen Start Ups und junge Unternehmen vereinfacht und unter besten Bedingungen Büro- und Gewerbeflächen anmieten können. (Optional: Im Idealfall habt ihr sogar schon eine konkrete, städtische Immobilie im Auge.)

Argumente:

- Ein Gründercenter schafft Hürden ab und kann Menschen zur Realisierung ihrer Geschäftsidee motivieren.
- In Gründercentern sind Gründer nicht allein. Sie genießen Austausch und Beratung zugleich. Das kann den Erfolg von Gründungsprozessen erhöhen.
- Ein Gründercenter ist mehr als nur ein Symbol und mit etwas Glück, entwickeln sich erfolgreiche Unternehmen.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Wir sollten lieber etwas für die Unternehmen machen, die bereits in unserer Stadt sind.“
- **Gegenargument:** Auch für bestehende Unternehmen kann ein Gründercenter ein Anreiz sein. Es zeigt, dass die Stadt ein attraktiver Wirtschaftsstandort sein möchte und auch Belange von jungen Unternehmen auf dem Schirm hat. Konkurrenz belebt das Geschäft und zerstört es nicht.
- **Argument:** „So ein Gründercenter kann aber ganz schön teuer werden.“
- **Gegenargument:** In jeder Stadt gibt es städtische Immobilien, die ohnehin ungenutzt sind und mit denen man seit Jahren zu kämpfen hat. Diese verursachen in der Regel hohe Kosten. Gleichzeitig kann ein Gründercenter eine lohnenswerte Investition sein, weil die neuen Unternehmen ihren Firmensitz dann auch in der Stadt haben.

GEWERBESTEUER

SENKEN

Einführung:

Gewerbetreibende in Deutschland sind grundsätzlich gewerbsteuerpflichtig. Darin unterscheidet sich Deutschland von anderen Staaten, denn nur hier wird eine Steuer in dieser Form erhoben. In vielen Staaten ist sie unbekannt. Die Gewerbsteuer wird von der Gemeinde erhoben, in der das Unternehmen seinen Hauptsitz hat. Das Finanzamt ermittelt den so genannten Gewerbesteuermessbetrag und teilt diesen der für das Unternehmen zuständigen Gemeinde mit. Die Gemeinde multipliziert den Gewerbesteuermessbetrag mit dem gemeindeindividuellen Hebesatz und ermittelt so die Höhe der Gewerbsteuer. Mithin ist die Gewerbesteuer die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden und Kommunen und gleichzeitig bestimmen sie durch den Hebesatz eigenständig über die Höhe der Gewerbsteuer.

Musterformulierung:

Wir wollen den Wirtschaftsstandort unserer Stadt attraktiver gestalten und neue Unternehmen anlocken. Dazu wollen wir in den steuerpolitischen Wettbewerb treten und die Gewerbsteuer senken.

Argumente:

- Eine niedrige Gewerbsteuer kann dazu führen, dass neue Unternehmen in der Stadt gegründet werden bzw. sich ansiedeln.
- Eine Senkung der Gewerbsteuer führt dazu, dass die Zufriedenheit bestehender Unternehmen erhöht wird und diese neue Investitionen tätigen.
- Für finanzstarke Kommunen: Neben Investitionen sind auch Entlastungen ein wichtiges Zeichen und ein Gebot der Gerechtigkeit.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Der Haushalt der Stadt lässt keine Steuersenkung zu.“
- **Gegenargument:** Das ist manchmal auch gar nicht falsch. Dennoch kann das erklärte Ziel dann immer noch eine perspektivische Senkung der Gewerbsteuer sein, die mit einem Sparplan zeitgleich in den Fokus gerückt werden kann. Oftmals sind nicht die Einnahmen das kommunale Problem, sondern die Ausgaben.

BEDARFSGERECHTE KINDERBETREUUNG

Einführung:

Die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit scheitert zu oft an zu unflexiblen Betreuungsmöglichkeiten. Nach dem zeitlichen Ende des Mutterschaftsgeldes befürworten wir den Rechtsanspruch auf eine Kinderbetreuung. Das erfordert aber eben auch einen Ausbau des Betreuungsangebots. Kindertagesstätten sollen die Berufstätigkeit der Eltern fördern und haben sich darüber hinaus auch an deren Bedürfnissen auszurichten. Wir wollen nicht nur den quantitativen Ausbau von Betreuungsplätzen, sondern auch den qualitativen. Ziel muss es sein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert.

Musterformulierung:

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss endlich zu einem der wichtigsten städtischen Ziele werden. Wir setzen und für einen bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen an. Den Schwerpunkt legen wir dabei auf die Flexibilisierung der Betreuungsplätze. Das Betreuungsangebot muss sich zwingend an die realen Arbeitszeiten anpassen. Wir fordern daher im ersten Schritt eine flächendeckende Bedarfsanalyse. Wir unterstützen flexiblere Öffnungszeiten bis hin zu 24-Stunden-Kitas.

Argumente:

- Für viele Eltern ist das Betreuungsangebot eines der wichtigsten Themen im Lebensalltag. Politisch wird das Thema jedoch gerne erst in zweiter Reihe eingeordnet.
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht nur eine Frage von erfolgreicher Familienpolitik. Ein gutes Betreuungsangebot ist ein großer Wirtschaftsstandortfaktor und macht eine Stadt attraktiv und lebenswert.
- Die FDP führt auf Landesebene das Familienministerium. Das Thema ist in der Landespolitik damit von besonderer Bedeutung und lässt sich mit kommunalpolitischen Initiativen besonders gut als FDP-Thema verkaufen.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Kinder sollten nicht 24 Stunden in der Kita sein.“
- **Gegenargument:** Die 24-Stunden-Kita lohnt sich in der Regel ohnehin nur in Großstädten und hat auch nicht das Ziel, dass Kinder 24-Stunden in der Kita verbringen, sondern diese nur ständig geöffnet hat.

SPONTANPARTYS

LEGALISIEREN

Einführung:

In Großstädten gibt es häufig ein breites Angebot an Möglichkeiten der Abendgestaltung. In kleineren Städten und auf dem Land sind die Optionen schon eingeschränkter. Oft ist das Feiern nur im kleinen Rahmen im Partykeller möglich. Durch Spontanparty kann das geändert werden. Spontanpartys sind private, nichtkommerzielle Zusammenkünfte, welche ohne Planung spontan veranstaltet werden. Ohne ein aufwändiges und langfristiges Genehmigungsverfahren wird das gemeinsame Grillen, Musik hören und Feiern auf bestimmten öffentlichen Flächen erlaubt. Gerade für Jugendliche wird durch Spontanpartys die Kommune attraktiver. Schnell zum Getränkeshändler, die Boxen eingepackt und die Pavillons aufgestellt und schon kann die Party beginnen.

Musterformulierung:

Unsere Stadt muss für Jugendliche attraktiver werden. Daher setzen wir uns für die Einführung einer Spontanmeldung von Kulturveranstaltungen, wie zum Beispiel Musikveranstaltungen ein. Hierfür soll die Stadt eine passende Fläche zur Verfügung stellen. Genauer soll:

- *die Anmeldung einer spontanen Kulturveranstaltung bis zu 24 Stunden vorher möglich sein. Bei nicht fristgerechten Anmeldungen soll das Ordnungsamt entscheiden.*
- *eine Höchstlautstärke (Richtwert: 103 Dezibel) festgelegt werden.*
- *durch die Kommune geeignete Flächen ausgewiesen werden.*
- *durch die Kommune aufgeklärt werden, dass der Veranstalter für Kosten von Straßensperrungen, Müllbeseitigung oder sonstige Maßnahmen herangezogen werden kann.*

Argumente:

- Die Kommune wird für Jugendliche attraktiver. Sie können eigene größere Partys veranstalten, ohne aufwändige und langfristige Genehmigungsverfahren.
- Bundesweit ist ein Trend festzustellen, dass spontane „Freiluft-Tanzveranstaltungen“ zunehmen. Durch ein unbürokratisches Genehmigungsverfahren wird die Kommune und der Veranstalter entlastet.
- Durch klarere Regelungen werden Diskussionen und Auseinandersetzungen mit dem Ordnungsamt minimiert und dieses somit entlastet.

MODELLPROJEKT

CANNABIS

Einführung:

Als Liberale glauben wir an die Eigenverantwortung und Entscheidungsfähigkeit des Individuums. Cannabis ist eine weiche Droge, die nicht nur weitaus ungefährlicher als die Volksdrogen Alkohol und Tabak ist, sondern sogar medizinisch eingesetzt werden kann. Andere Staaten machen es uns vor und haben bereits den Konsum von Cannabis legalisiert oder entkriminalisiert. Um die Legalisierung von Cannabis voranzutreiben, kann die Einrichtung von Modellprojekten hilfreich sein. Dabei wird ein hoher Standard von Verbraucher- und Jugendschutz gewährt und zugleich der Cannabiskonsum wissenschaftlich begleitet. Das schafft zusätzliches Verständnis und ist ein guter Schritt hin zu einer Legalisierung.

Musterformulierung:

Wir stehen für die Legalisierung von Cannabis ein und setzen uns für eine kontrollierte Abgabe der weichen Droge ein. Unsere Stadt soll in einem wissenschaftlichem Forschungsprojekt eine kontrollierte Abgabe von Cannabis unter medizinischen, gesundheitlichen und sozialen Aspekten sowie insbesondere unter Einhaltung des Jugendschutzes ermöglichen.

Argumente:

- Cannabis führt zu keiner schweren, physischen Abhängigkeit. Selbst das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung von 1994 „das Suchtpotential der Cannabisprodukte als sehr gering eingestuft“.
- Der Kunde wird beim Kauf über die Risiken und Nebenwirkungen aufgeklärt – beim Dealer ist das nicht der Fall.
- Durch die Verfolgung von Cannabis-Delikten werden Beamte beansprucht, die dringender in der Strafverfolgung benötigt werden.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Wir können doch nicht fordern, dass mehr Menschen Drogen nehmen“
- **Gegenargument:** Cannabiskonsum ist flächendeckend und in allen gesellschaftlichen Schichten seit langem Realität. Selbst Gegner einer Cannabis-Legalisierung können dadurch nur schwer gegen ein wissenschaftlich betreutes Projekt sein. Wir bekämpfen damit nur den Schwarzmarkt und motivieren nicht Menschen zum Konsum.

GEGEN VIDEOÜBERWACHUNG

Einführung:

Als Liberale glauben wir an die Eigenverantwortung des Einzelnen und stellen den Bürger nicht unter Generalverdacht. Wir wollen, dass uns der Staat mit Vertrauen und nicht mit Misstrauen begegnet. Übermäßige Videoüberwachung im öffentlichen Raum schafft jedoch genau dieses Misstrauen und schränkt uns in unserer Privatsphäre und Grundrechten ein. Videoüberwachung beruhigt lediglich ein subjektives Unsicherheitsgefühl und verlagert Kriminalität an andere Orte. Weder werden mehr Verbrechen aufgeklärt, noch werden sie verhindert.

Musterformulierung:

Videoüberwachung stellt den Bürger unter Generalverdacht. Sie trägt nicht zur Reduzierung der Kriminalität, sondern schränkt uns lediglich in unseren Grundrechten ein. Wir positionieren uns klar gegen Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen und Straßen. Kriminalität kann nicht mit Kameras, sondern nur durch besser ausgestattete Sicherheitsbehörden entgegengewirkt werden.

Argumente:

- Der Ausbau von Videoüberwachung ist eine symbolpolitische Maßnahme, welche zwar ein subjektives Sicherheitsempfinden stärken kann, aber von dem eigentlichen Problem ablenkt.
- Mit Videoüberwachung sind Kosten verbunden, welche in Sicherheitskräften besser investiert sind.
- Der Staat wird durch intelligente Videoüberwachungen Daten sammeln können. Daten, die erst einmal existieren, können von Hackern gestohlen und missbraucht werden.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Die Sicherheit lässt sich doch Videoüberwachung aber erhöhen.“
- **Gegenargument:** Mehrere Studien und Modellversuche haben gezeigt, dass mit Videoüberwachung kein Rückgang der Kriminalität einhergeht.

KEINE ALKOHOLVERBOTSZONEN

Einführung:

In letzter Zeit gibt es immer häufiger Bestrebungen von Kommunen Alkoholverbotszonen einzuführen. Ein prominentestes Beispiel dafür ist Duisburg, in der die von der Stadt errichtete Alkoholverbotszone durch das Verwaltungsgericht in Düsseldorf wieder gekippt wurde. Das Gericht begründet seine Entscheidung damit, dass nicht hinreichend belegt ist, dass durch Alkoholkonsum eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgehe. In der Öffentlichkeit wird kontrovers über Alkoholverbotszonen diskutiert. Befürworter glauben, dass durch die Verbotszonen Störungen und Belästigungen durch alkoholisierte Personen abnehmen und Lärm, Schmutz und Kriminalität weniger wird. Allerdings greifen Alkoholverbotszonen in unsere Grundrechte ein. Für Junge Liberale sollte allein das Wort „Verbot“ Grund genug sein, miss-träuisch zu werden. Wie durch das Verwaltungsgericht Düsseldorf bestätigt, schränken die Alkoholverbotszonen unsere Freiheit ein, ohne, dass ein erkennbarer Zuwachs an Sicherheit daraus folgt. Besonders Jugendliche werden durch Alkoholverbotszonen betroffen. Das Wegbier zur Party wird auf einmal zur Ordnungswidrigkeit.

Musterformulierung:

bei noch nicht vorhandenen Alkoholverbotszonen:

Wir glauben an die Verantwortung und Rechte des Einzelnen und lehnen eine Verbotspolitik ab. Alkoholverbotszonen stellen einen Eingriff in die Freiheitsrechte unserer Mitbürgerinnen und Mitbürgern dar. Diesem gilt es entschieden entgegenzutreten. Nicht nur, dass fraglich ist, ob Alkoholverbotszonen rechtmäßig sind, leisten sie auch keinen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit. Daher lehnen wir grundsätzlich die Einführung von Alkoholverbotszonen ab.

bei vorhandenen Alkoholverbotszonen:

Als Freie Demokraten glauben wir an die Verantwortung des Einzelnen und lehnen eine pauschale Verbotspolitik ab. Alkoholverbotszonen stellen einen Eingriff in die Freiheitsrechte unserer Mitbürgerinnen und Mitbürgern dar. Diesem gilt es entschieden entgegenzutreten. So wollen wir die Alkoholverbotszone XY abschaffen. Diese ist nicht nur rechtlich bedenklich, sondern hat sich auch nicht bewährt.

Argumente:

- Alkoholverbotzonen lösen keine Probleme, sondern verlagern diese lediglich in andere Gebiete der Stadt.
- Kein Alkoholiker wird sich durch ein Verbotsschild vom Trinken abhalten lassen.
- Zur Durchsetzung des Verbotes werden Ordnungsbeamten eingebunden, die an anderer Stelle deutlich dringender benötigt werden.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Mit dem öffentlichen Alkoholkonsum gehen viele weitere Probleme einher. Da muss die Politik handeln!“
- **Gegenargument:** Die Gegenseite sollte zuerst einmal die Probleme nennen und definieren. Insbesondere all denjenigen, die sich Sorgen um den Rechtsstaat machen, kann man sehr gut entgegenbringen, dass die Alkoholverbotzone in Duisburg vom Verwaltungsgericht in Düsseldorf für rechtswidrig erklärt wurde. Es gibt nämlich keine Belege dafür, dass eine solche Verbotzone die Sicherheit erhöht.

Einführung:

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft und das Fundament unserer Gesellschaft. Kernanliegen liberaler Kinder- und Jugendpolitik ist demnach aus unserer Sicht, den Kindern und Jugendlichen die Chancen zu eröffnen, größtmögliche Freiheit und ein Höchstmaß an Entfaltungsmöglichkeiten zu erlangen. Unser Ziel ist es, kind- und jugendgerechte Lebensverhältnisse zu schaffen und die Bedingungen des Aufwachsens zu verbessern. Wir wollen jungen Menschen die Chance geben, nach ihren eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen zu leben. Dazu muss die Partizipation von Kindern und Jugendlichen deshalb gestärkt werden. Insbesondere kommunale Räte sind sehr alt und haben die Interessen der jungen Generationen auch deswegen weniger im Blick. Um die Partizipation und Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen auch in der Kommunalpolitik zu erhöhen, setzen wir uns deshalb für die Einführung eines Jugendrates ein.

Musterformulierung:

Die Interessen von Kindern und Jugendlichen sollen ernstgenommen werden und ihre Mitbestimmung auch kommunal gesichert werden. Wir setzen uns deshalb für die Errichtung eines Jugendrates ein.

Argumente:

- Für die Lebensqualität einer Stadt ist die Kinder- und Jugendfreundlichkeit ein wichtiges Kriterium. Ein Jugendrat kann die Interessen von Kindern und Jugendlichen besser bündeln und vertreten als veraltete Stadträte.
- Bei Jugendlichen kann frühzeitig Interesse an Kommunalpolitik und politisches Engagement gefördert werden.
- Jugendliche erleben und sammeln Erfahrungen in politischen Prozessen.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Es kann doch nicht sein, dass Jugendliche über politische Fragen der Stadt entscheiden.“
- **Gegenargument:** Machen sie ja auch gar nicht! Der Jugendrat kann realpolitisch wie ein Ausschuss angesehen werden. Am Ende muss der Rat entscheiden und kann selbstverständlich sein Veto einlegen.

GEMEINDEPARTNERSCHAFT

Einführung:

Der kulturelle und wirtschaftliche Austausch mit Partnergemeinden bringt viele Vorteile mit sich: Von der Völkerverständigung im Rahmen der sogenannten kommunalen Außenpolitik, die gerade in der EU eine große Rolle spielt, über Schüleraustauschprogramme, bis hin zur Expertise in spezifischen kommunalen Problemstellungen, die vor Ländergrenzen nicht halt machen, gibt es für alle Partnerkommunen viel zu gewinnen. Ob eine ähnliche Geschichte, ein ähnlicher Name oder verbindende Persönlichkeiten; Gründe für eine Partnerschaft kann es viele geben. Wichtig ist: Sie werden auch heute noch geschlossen und helfen auf dem Weg zur weltoffenen, toleranten Kommune!

Musterformulierung:

Die Freien Demokraten setzen sich für die Etablierung einer neuen Gemeindepartnerschaft ein, um internationale Verständigung und Weltoffenheit in unserer Kommune zu fördern.

Argumente:

- Kommunale Außenpolitik kann gerade in Krisenländern, in den Freiheit bedroht ist oder gerade erkämpft wird, eine entscheidende Rolle spielen. Historische Beispiele, wie die Einbindung deutscher Städte nach 1945 belegen dies.
- Gerade junge Menschen profitieren von der Vereinfachten Möglichkeit, etwa an einem Schüleraustausch oder einer Sprachreise in die Partnerkommune teilzunehmen und erweitern so ihren Horizont.
- Der gegenseitige Austausch von Expertise kann Synergieeffekte bei der Lösung kommunaler Probleme wie bspw. der Abfallentsorgung oder der effizienten Bereitstellung eines Kulturangebots führen. So wird die Gemeindepartnerschaft zum Best-Practice-Vorbild.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Das ist doch nur fürs Prestige und hat keinen echten Nutzen.“
-> **Gegenargument:** Selbst, wenn kein „echter“ Nutzen entstehen sollte – angesichts der aufgezählten Vorteile unwahrscheinlich – so sind doch auch das Prestige und der ideelle Wert einer Gemeindepartnerschaft nicht gering zu schätzen. Zumal die spezifischen Kosten (hauptsächlich Ressourcenbelastung in der Verwaltung) einer Partnerschaft niedrig ausfallen dürften. Also: Bevor der nächste Brunnen in den Gemeindepark gebaut wird, lieber mal ins Ausland telefonieren.

OPEN DATA PROJEKTE

Einführung:

Die Digitalisierung erfasst alle Lebensbereiche. Dabei stehen sogenannte Smart City-Projekte (die sich allerdings auch in ländlichen Gemeinden umsetzen lassen) im kommunalen Fokus. In den meisten Fällen speisen sich diese Projekte, bspw. intelligente Verkehrsleitsysteme oder Straßenbeleuchtung, aus privater Innovationskraft. Um Start-Ups und wissenschaftlichen Projekten ihre Arbeit zu ermöglichen und zu erleichtern, sollten Kommunen daher ihre Daten, in anonymisierter Form, für diese bereitstellen. Diese Daten sind der Werkstoff, aus dem kommunale Exzellenz in Zukunft gefertigt sein wird.

Musterformulierung:

Um Smart City-Ansätze in unserer Kommune Wirklichkeit werden zu lassen, fordern die Freien Demokraten die umfangreiche Bereitstellung kommunal gesammelter Daten im Rahmen eines Open Data-Projekts. Dabei sind höchste Datenschutzstandards einzuhalten und Datensicherheit zu gewährleisten.

Argumente:

- Die Bereitstellung der Daten ist wohl die effizienteste Art der Wirtschaftsförderung. Sie stärkt insbesondere kleinere Unternehmen, die sich eigene Datenerhebung nicht leisten können.
- Auch die Wissenschaft wird so gefördert; gerade auch das Erstellen von Arbeiten und Forschungsprojekten würde durch diesen Datenzugriff wesentlich einfacher gemacht.
- Smart City-Konzepte entsprechen genau der Politik der FDP und der JuLis, die auf private Innovationskraft, Forschung & Entwicklung sowie moderne Denkansätze baut.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Die Daten der Bürgerinnen und Bürger können nicht einfach für alle zur Verfügung gestellt werden. Das ist unverantwortlich!“
-> **Gegenargument:** Natürlich haben Datenschutz und -sicherheit auch für uns oberste Priorität. Die funktionierenden Open Data-Projekte in anderen Kommunen (z.B.: City Data Exchange in Kopenhagen), dass diese sich wunderbar mit Datenschutz vereinbaren lassen. Dieser wird ja bereits in der Musterformulierung berücksichtigt.

LIVESTREAM VON RATSSITZUNGEN

Einführung:

Das Vertrauen in Demokratie lebt immer auch von Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen. Besonders die kommunalpolitische Ebene agiert dabei oftmals unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung. Selbst Interessierten fällt es schwer, sich in die komplexen Sachverhalte einzuarbeiten. Um die Bedeutung der Kommunalpolitik zu unterstreichen und ihre Sichtbarkeit und Transparenz zu erhöhen, sollten die Sitzungen daher Live und On-Demand als Video nachzuverfolgen sein.

Musterformulierung:

Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass alle dafür ein, dass alle Ratssitzungen zukünftig im Livestream mitverfolgt werden können. Optional: Diese sollen auch danach noch auf Nachfrage auf einem einzurichtenden Portal der Kommune nachzuverfolgen sein.

Argumente:

- Die Aufnahme von Ratssitzungen kann dazu führen, dass die Gesellschaft stärker bisher an diesen teilnehmen kann. Das Interesse für Kommunalpolitik kann so ebenfalls gefördert werden.
- Für die Politik ergibt sich daraus ein neues Verantwortungsbewusstsein. Der Rat hört auf, eine elitäre Veranstaltung zu sein, insb. dann, wenn die Sitzungen auch im Nachhinein verfügbar sind.
- Radikale Politikstile, wie der der AfD, können so wesentlich besser demaskiert werden, die Debatte findet zu mehr Sachlichkeit.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Das fordert sonst nur die AfD, ihr macht das Vertrauen in unsere Politiker kaputt.“
-> **Gegenargument:** Erstens gilt; nur weil die AfD etwas fordert, ist es nicht automatisch schlecht. Zweitens, und das ist der wichtige Punkt, ist das Gegenteil richtig: Transparenz stärkt das Vertrauen in die Politik.
- **Argument:** „Das geht doch gar nicht mit der DSGVO konform.“
-> **Gegenargument:** Die erfolgreiche Umsetzung des Livestreamings der Ratssitzungen in mehreren Kommunen NRWs zeigt, dass es zwar besondere Auflagen zu berücksichtigen gilt, die Frage nach einem Livestream aber letztlich keine rechtliche, sondern eine politische ist. Solche Argumente werden meist nur vorgeschoben.

PPP-SCHULOFFENSIVE GEGEN MARODE SCHULEN

Einführung:

Die Schulinfrastruktur in vielen Kommunen ist in einem unwürdigen Zustand den Schülern gegenüber. Uns Jungen Liberalen liegt es in besonderem Maße am Herzen, dass stetig in beste Infrastruktur investiert wird, sodass keine notdürftigen Ad-Hoc-Maßnahmen notwendig sind, um Gebäude wieder bezugsfähig zu gestalten. Schon seit Jahren sprechen wir uns in diesem Zuge für mehr Public-Private-Partnership-Projekte aus (PPP). Hier plant, baut und betreibt eine Firma/ein Konsortium das gesamte Projekt. Studien belegen vor allem die langfristigen Vorteile, durch weniger Abstimmung zwischen den Firmen, bessere finanzielle Planbarkeit für Kommunen und stetige Instandhaltung.

Musterformulierung:

Die Schulinfrastruktur in unserer Kommune ist einem schlechten Zustand. Daher fordern wir ein Investitionspaket, welches nachhaltig und stetig in Instandsetzungen investiert. Bei größeren, langfristigen Renovierungs- und Sanierungsprojekten schlagen wir eine vermehrte Berücksichtigung von Public-Private-Partnership Verfahren vor. (hier gerne noch einzelne Schulnamen ergänzen)

Argumente:

- Durch die lange Vertragslaufzeit besitzt die Kommune maximale Planungssicherheit
- Planung, Bau und jahrelanger Betrieb aus einer Hand sorgen für Effizienzgewinne
- Unternehmen haftet für eigene Fehler: Intrinsische Motivation zur Qualitätssicherung
- Studien belegen die höheren Mehrkosten bei unregelmäßiger Instandsetzung

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Der Staat kann Bauprojekte besser umsetzen.“
- > **Gegenargument:** Zahlreiche staatliche Bauprojekte, die nicht als PPP-Modelle umgesetzt worden sind, haben sich zu enormen Flops entwickelt. (Flughafen Berlin, Elbphilharmonie, Stuttgart 21) Durch PPP-Projekte wird das Unternehmen verpflichtet, über eine durchschnittliche Laufzeit von 30 Jahren gute Infrastruktur zu bieten. So besteht eine noch größere Motivation für Unternehmen, gute Infrastruktur bereitzustellen. Zudem handelt es sich um keine Privatisierung, da die Schule nach Vertragsende wieder an die Stadt als Eigentümer übergeht.

DIGITALE HAUSMEISTER

Einführung:

Wir Jungen Liberalen wünschen uns digitalere Schulen, auch in Deiner Kommune! Diese digitale Infrastruktur muss jedoch auch regelmäßig gewartet und ggf. repariert werden. Aktuell ist meist ein Lehrer neben der regulären Berufsbelastung für die Wartung und Betreuung dieser Geräte verantwortlich. Wir möchten die Kapazitäten von Lehrkräften für beste Bildung nutzen und nicht für Wartungsarbeiten! Daher wünschen wir uns „Digitale Hausmeister“, die für mehrere Schulen in lokalem Umfeld verantwortlich sind und sich um die Wartungsarbeiten kümmern.

Musterformulierung:

Wir möchten unsere Schulen mit besserer digitaler Ausstattung versehen. Dazu fordern wir zur regelmäßigen Wartung und Betreuung die Installierung von sogenannten „Digitalen Hausmeistern“, welche innerhalb eines lokalen Umfeldes die digitale Ausstattung von mehreren Schulen betreuen.

Argumente:

- Lehrkräfte werden aktuell eher weiter belastet und haben weniger Fachkenntnisse als Experten.
- Finanziell akzeptable Lösung, da ein Hausmeister i.d.R. mehrere Schulen betreuen soll.
- Klares Statement für digitale Bildung.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Schulen benötigen dringend mehr Lehrer und „richtige“ Hausmeister, anstatt „Digitale Hausmeister“.“
- > **Gegenargument:** Im Bereich Bildung darf die Fragen nicht „Entweder – oder“ heißen. Wir benötigen mehr Lehrkräfte, gerade an Haupt-, Real,- und Grundschulen, müssen aber vor allem auf der kommunalen Ebene für digitalere Bildungselemente kämpfen, um bessere Lernerfolge zu erzielen und Bildung attraktiver werden zu lassen.

BEGRÜNUNG VON HALTESTELLEN

Einführung:

Bus- und Bahnhofstestelle sind oftmals ein trostloser Ort. Wir möchten die Attraktivität dieser Orte stärken und gleichermaßen ökologische Maßnahmen fördern, dadurch begrünte Haltestellen viel Co2 gebunden und die Stadt in Teilen renaturiert werden kann. Dazu soll die Finanzierung im Idealfall nicht durch den Steuerzahler, sondern private Sponsoringinitiativen passieren.

Musterformulierung:

Wir fordern die Einrichtung von Sponsoring-Partnerschaften für die Begründung von Bus- und Bahnhaltestellen. Der Sponsor erhält gegen eine verknüpfte Werbebegelegenheit auch die Verantwortung der Pflege der Begrünung.

Argumente:

- Begrünte Haltestellen erhöhen die Attraktivität der Kommune und sorgen womöglich für eine stärkere Nutzung des ÖPNV.
- Eine flächendeckende Begrünung, gerade mit Moos o.ä., sorgt für eine starke Filterung von Emissionen.
- Mehrkosten entstehen durch Sponsoring-Konzept nur in sehr überschaubarem Ausmaß.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „Mit privaten Sponsorings allein kann diese Maßnahme nie umgesetzt werden; außerdem ist der Nutzen zu gering.“
- > **Gegenargument:** Gerade im Zuge der aktuellen Umweltdebatte ist die Chance, dass sich bei humanen Preisen Sponsoren finden lassen, die diese „gute Tat“ in ihre Unternehmenskommunikation einfließen lassen, sehr groß. Zudem bringen schon kleine Moosflächen im städtischen Verkehr enorm viel: Mooswände sollen z.B. an befahrenen Verkehrsachsen in einem Umfang, der umgerechnet 240 Tonnen Kohlendioxid (CO₂) pro Jahr entspricht, aus der Luft filtern.

INTELLIGENTE VERKEHRSLEITSYSTEME

Einführung:

Stau ist ein riesiges ökologisches und ökonomisches Problem. Zahlreiche Städte und Kommunen leiden unter immensen Staubildungen innerhalb der „Rush-Hour“. Zur Reduzierung von Staubildungen ist ein großes Bündel an Maßnahmen notwendig. Eine entscheidende Säule ist für uns eine Modernisierung von Verkehrsleitsystemen. Mithilfe von Künstlicher Intelligenz und/oder „kommunizierenden

Ampelsystemen“ möchten wir Standphasen reduzieren und Ampelschaltungen dem tatsächlichen Verkehr anpassen.

Musterformulierung:

Wir fordern die Einführung eines Modellprojekts für intelligente Verkehrsleitsysteme (hier besonders staureiche Straßen in Eurer Kommune auflisten). Genauer soll das System der KI-Ampeln und/oder „kommunizierende Ampeln“ getestet werden.

Argumente:

- In den Niederlanden wurden solche Testmodelle bereits sehr erfolgreich umgesetzt.
- Es wird mittelfristig Arbeitskraft eingespart, da weniger Zeit in konkrete Programmierung von Ampelphasen fließt.
- Ampeln passen sich vielmehr den tatsächlichen Verkehrsbedingungen an und sorgen so für eine spürbare Verringerung von Stauzeiten: Das schont auch die Umwelt.

Mögliches Gegenargument entkräften:

- **Argument:** „KI-Systeme sind viel zu teuer und unerprobt.“
-> **Gegenargument:** Da tatsächlich gewisse Sofortkosten entstehen würden, sollte zunächst nur an besonders staureichen Straßen getestet werden. Die Kosten einer Umrüstung sind jedoch in Relation zum entstehenden volkswirtschaftlichen Nutzen (der entstehenden Reduzierung der Umweltbelastung und dem enormen Zeitgewinn für die Bürgerinnen und Bürger) zu sehen. Hier gilt auch: Zeit ist Geld! Genügend Beispiele von erfolgreichen Testmodellen gibt es übrigens, sodass ein Nutzen als äußerst wahrscheinlich gilt.